

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehitsolidarisch Ende Juni
2023

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Protest gegen eine Rheinmetall-Rüstungsfabrik in Großenhain!

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie immer vor der Sommerpause ist viel los in der Landes- und Bundespolitik. Der Themenstrauß ist bunt: Da sind unter anderem die [Kürzung des gesetzlichen Mickrig-, pardon: Mindestlohns](#), eine [hinterhältige Abschiebung](#) direkt aus dem Gesundheitsamt in Hoyerswerda und [spottbillige Gebühren für Logistikkonzerne](#) am Flughafen Leipzig/Halle und vieles andere mehr – genug Stoff also für unseren kleinen Rückblick.

Die letzte Plenarsitzung vor den Ferien findet in der kommenden Woche statt. Wir wollen ein [modernes Wahlrecht](#), [mehr Gemeinschaftsschulen](#), eine [bessere Geburtshilfe](#), ein [neues Petitionsgesetz](#) und eine [Gesundheitsoffensive zur Cannabis-Legalisierung](#).

Kevin Reißig, Pressesprecher

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Protest gegen mögliche Rüstungsfabrik in Großenhain
2. Weniger Stromsperrungen in Leipzig, aber mehr Fälle in Dresden
3. Aktionstag „Alarmstufe Rot“: Die Krankenhäuser brauchen Geld
4. Die CDU muss Widerstand gegen ein zeitgemäßes Gleichstellungsgesetz aufgeben!
5. „Zuckertütenscheck“ gescheitert – das war absehbar
6. Zwei Euro Stundenlohn: Gefangene nicht länger ausbeuten!
7. Im Verfassungsschutzbericht fehlt die wohl mitgliederstärkste Organisation der extremen Rechten
8. Naturfaser-Anbau braucht eine staatliche Anschubfinanzierung
9. Forschen Super Recognizer für die Polizei auch Versammlungen aus?
10. Veranstaltungstipps
11. Auch das gibt's

Protest gegen mögliche Rüstungsfabrik in Großenhain



Linksfraktionschef Rico Gebhardt und seine Fraktionskollegin Anna Gorskih haben auf dem Hauptmarkt mit der Bevölkerung über die Pläne von Rheinmetall gesprochen, in Großenhain eine Munitionsfabrik zu errichten. Das wäre keine Ansiedlung wie jede andere: Eine solche Produktionsstätte berührt öffentliche Interessen und ist mit Sicherheitsbedenken verbunden. Die Staatsregierung muss die Sorgen der

Bevölkerung ernst nehmen, anstatt über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu verhandeln und Stadtgesellschaft wie Stadtpolitik im Dunkeln zu lassen!

Weniger Stromsperrungen in Leipzig, aber mehr Fälle in Dresden



Während es 2022 in Chemnitz 1.525 Stromsperrungen und damit etwas weniger Fälle gab als 2021 (1.656), stieg deren Zahl in Dresden deutlich von 1.333 auf 1.808. In Leipzig indes wurden 2022 mit 689 Stromsperrungen wesentlich weniger Maßnahmen verhängt als im Vorjahr (2.389). Jeder Fall ist einer zu viel, denn eine Stromsperrung hilft niemandem. Wir fordern ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperrungen. Alle

Energieversorgungsunternehmen sollen eine Stromtarifstruktur anbieten müssen, die sozial gerecht ist und ökologische Anreize bietet.

Aktionstag „Alarmstufe Rot“: Die Krankenhäuser brauchen Geld



Auch 2023 musste es einen [Aktionstag](#) geben, um auf die Finanznot der Krankenhäuser hinzuweisen. In Sachsen ist die Situation angespannt, wie die Schließung der Paracelsusklinik in Reichenbach und weitere drohende Insolvenzen zeigen. Die Muldentalkliniken mussten bereits mit einem Millionenkredit gestützt werden. Wir fordern, die Krankenhäuser endlich bedarfsgerecht zu finanzieren. Der Freistaat Sachsen muss ihnen

ausreichend Investitionsgeld geben. Gewinne dürfen nicht mehr abfließen. Alle Standorte müssen gesichert werden, mindestens als Poliklinik. Dieses Thema wird in den kommenden Woche weiter eine große Rolle spielen.

Die CDU muss Widerstand gegen ein zeitgemäßes Gleichstellungsgesetz aufgeben!



Sachsen hat kein Gleichstellungsgesetz, das im öffentlichen Dienst für Gerechtigkeit sorgt – es existiert lediglich das Frauenfördergesetz von 1994. Die CDU hat schon in der letzten Wahlperiode eine Novelle blockiert. Jetzt unternimmt die Koalition endlich einen neuen Anlauf. Der Rechtsausschuss hat Sachverständige [zum Gesetzentwurf](#) gehört, die aber wie wir der Meinung

sind, dass dieser gravierende Lücken hat. [Wir wollen deshalb unter anderem Entgeltgleichheit als Ziel verankern](#) und erreichen, dass das Gesetz auch für die Kommunen gilt.

„Zuckertütenscheck“ gescheitert – das war absehbar



Im Rahmen der Haushaltsdebatte hatten CDU, Grüne und SPD einen „Zuckertütenscheck“ versprochen: Für jedes eingeschulte Kind sollten die Eltern 100 Euro erhalten, um etwa Schulmaterial zu kaufen. Damit das Ganze nicht auf Sozialleistungen angerechnet wird, sollte das Geld fließen, wenn die Vorsorgeuntersuchung U9 absolviert ist. Diese an sich gute Idee hat die CDU

allerdings beerdigt. Wir sind nicht überrascht und fordern strukturelle Entlastung: Kita-Elternbeiträge senken und eine kostenlose Mittagsversorgung in Kitas und Schulen einführen!

Zwei Euro Stundenlohn: Gefangene nicht länger ausbeuten!



Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Stundenlöhne von zwei Euro oder weniger für die Arbeit von Strafgefangenen verfassungswidrig sind. Wir begrüßen das – auch Sachsen muss sein Vergütungssystem anpassen! Im Freistaat sind etwa 1.500 Strafgefangene für einen Niedrigstlohn berufstätig, davon 500 in Ausbildung. Diese Ausbeutung widerspricht dem Resozialisierungsgebot: Ein zivilisiertes

Gemeinwesen darf sich nicht darauf beschränken, Fehlverhalten zu bestrafen. Die Betroffenen sollen später gesetzestreu leben und ihren Lebensunterhalt verdienen.

Im Verfassungsschutzbericht fehlt die wohl mitgliederstärkste Organisation der extremen Rechten



Der sächsische [Verfassungsschutzbericht für 2022](#) liegt vor. Auf das Landesamt für Verfassungsschutz ist Verlass, in zweierlei Hinsicht. Der Bericht bestätigt einerseits aufs Neue, was längst ohne Geheimdienst klar ist: Die größte Gefahr geht von der extremen Rechten aus. [Andererseits entgeht dem Bericht die wohl mitgliederstärkste Organisation der extremen Rechten](#): die AfD. Sie taucht an genau zwei Stellen auf – im Kapitel über „Linksextremismus“.

Naturfaser-Anbau braucht eine staatliche Anschubfinanzierung

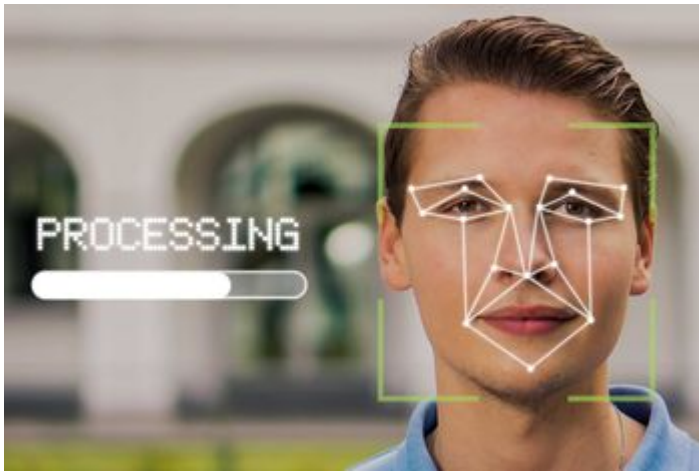


Aleks, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Wir wollen der traditionsreichen sächsischen Textilindustrie [eine gute Zukunft sichern](#). Der Freistaat soll 30 Millionen Euro bereitstellen, damit an Naturfasern wie Nutzhanf und Leinen geforscht werden und insbesondere in der Lausitz Wertschöpfung im Sondermaschinenbau entstehen kann. Die Nachfrage nach faserverstärkten Kunststoffen [wächst stetig](#). Angesichts der Klimakrise und des Artensterbens müssen wir den Übergang von

synthetischen Fasern zu nachhaltigen Naturfasern angehen. [Vor allem die Hanfpflanze spielt eine wichtige Rolle.](#)

Forschen Super Recognizer für die Polizei auch Versammlungen aus?



Super Recognizer sind Menschen, die sich Gesichter oder äußere Merkmale außergewöhnlich gut einprägen können. 2021 hat die Polizeidirektion Chemnitz mehrere Bedienstete [als Wiedererkenner identifiziert](#), die seither an hunderten Ermittlungsverfahren mitwirkten – etwa im Zusammenhang mit Fußballspielen. Das Innenministerium [hält Informationen dazu geheim](#), ob sie auch eingesetzt

werden, wenn etwa bei einer Demo gar keine Straftaten verübt werden. Wenn sie dabei helfen, Straftaten aufzuklären, [braucht es Transparenz und Rechtssicherheit!](#)

Veranstaltungstipps

Am 3. Juli begrüßt Rico Gebhardt in der zweiten Ausgabe seiner Gesprächsreihe „Gebhardt trifft“ den Theologen, Publizisten und SPD-Landtagsabgeordneten Frank Richter. Der ehemalige katholische Priester geriet zuerst in die Politik, als er während der Revolution von 1989 in Dresden die „Gruppe der 20“ mitbegründete und im Gespräch mit der SED eine Eskalation der Gewalt abwendete. Nach seinem Ausscheiden aus dem Kirchendienst war er viele Jahre Leiter der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. In dieser Funktion engagierte er sich besonders gegen den Aufmarsch des Rechtsextremismus, plädierte aber auch dafür, mit den Menschen, die bei PEGIDA demonstrierten, ins Gespräch zu kommen. Seine Bücher „Hört endlich zu!“ und „Gehört Sachsen noch zu Deutschland?“ wurden viel diskutiert. Unzufrieden mit der CDU, verließ er seine langjährige politische Heimat. Er unterlag knapp bei der Wahl zum Bürgermeister von Meißen und sitzt seit 2019 als Abgeordneter im Sächsischen Landtag in der Fraktion der SPD, deren Mitglied er 2021 wurde. Mit Rico Gebhardt spricht Frank Richter nicht nur über seinen Werdegang und seine Überzeugungen, sondern auch über die aktuelle Lage im Freistaat und Chancen für eine sozialere und gerechtere Politik. Zu erleben ist das Gespräch ab 18 Uhr im Zentralkino Dresden, Kraftwerk Mitte 16, oder im Livestream bei [Facebook](#) und [Youtube](#). Die Aufzeichnung des Talks mit Bodo Ramelow gibt es [hier](#).



Am 28. Juli strahlen wir die dritte Folge unserer Gesprächsreihe „Sozusagen“ aus. Unsere Abgeordnete Antonia Mertsching, Sprecherin für Umwelt, Ressourcenwirtschaft und Strukturwandel, diskutiert mit ihrem Fraktionskollegen Marco Böhme, Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität, und dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Joachim Ragnitz (stellvertretender Leiter des ifo-Institutes Dresden und Honorarprofessor an der TU Dresden) über das Thema: „Gehen in Sachsen die Lichter aus? Strukturwandel und Energiewende“. Die Erderwärmung heizt nicht nur die Atmosphäre auf, für erhitzte Gemüter sorgt auch die Diskussion darüber, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft umgebaut werden müssen, um die Klimakrise zu bewältigen. Ist der Ausstieg aus den

fossilen Energieträgern für Sachsen nur ein Verlust oder bietet er auch neue Chancen? Genügen Wind- und Sonnenkraft wirklich, um den Strombedarf der sächsischen Industrie zu decken, oder erlebt gar die Atomkraft trotz aller Risiken ein Comeback? Treibt der Strukturwandel die Unternehmen, den Staat oder die Bürger in die Pleite? Der Talk wird ebenfalls auf [Facebook](#) und [Youtube](#) zu sehen sein, genauso wie die erste Debatte ([Thema Ostdeutschland](#)) und die zweite Ausgabe zum Thema [„Wer macht die Wut? Protest und Rechtsruck in Sachsen und Deutschland“](#).

Auch das gibt's

59.704.841 Euro: Das war das höchste Jahreseinkommen, [das Sachsens Finanzämtern 2020 bekannt geworden ist](#). Für 2021 werden nur 34.698.098 Euro ausgewiesen. Musste sich jemand über eine extreme Kürzung ärgern? Wir wissen es nicht, auch weil unklar ist, ob es sich um dieselbe Person handelt. Wahrscheinlich basiert der Absturz nur darauf, dass die Steuererklärungen für 2021 noch nicht abgearbeitet sind. Womöglich steht die oder der eine noch in Verhandlungen, um die Steuerlast zu mindern ... Ein Umstand ist im Falle



überreicher Menschen jedenfalls besonders skandalös: Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung werden nur für Jahreseinkommen bis 87.600 Euro fällig, bei der Kranken- und Pflegeversicherung reicht die Beitragspflicht nur bis knapp 60.000 Euro. Wer hunderttausende Euro einnimmt, ob im Job oder am Finanzmarkt, soll gerechte Steuern und Sozialabgaben zahlen!

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
[Newsletter abbestellen](#)